

Antrag

der Abgeordneten Agnes Brugger, Volker Beck (Köln), Marieluise Beck (Bremen), Viola von Cramon-Taubadel, Thilo Hoppe, Uwe Kekeritz, Katja Keul, Ute Koczy, Tom Koenigs, Sylvia Kotting-Uhl, Kerstin Müller (Köln), Omid Nouripour, Lisa Paus, Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Dr. Frithjof Schmidt, Dorothea Steiner, Hans-Christian Ströbele, Daniela Wagner und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Konsequent vorangehen für eine atomwaffenfreie Welt

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Atomwaffen bedrohen Frieden und Sicherheit in der Welt.

Derzeit existieren weltweit etwa 19.500 nukleare Sprengköpfe, von denen schätzungsweise 11.500 rund um die Uhr startklar sind. Neben den offiziellen Nuklearmächten sind auch Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea im Besitz von Nuklearwaffen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass auch der Iran nach Atomwaffen strebt. Die Proliferation von Technologie zur zivilen Nutzung der Atomenergie birgt die Gefahr, dass immer mehr Staaten auch die Fähigkeit zum Aufbau militärischer Nuklearprogramme erwerben. Derzeit verfügen mehr als 40 Staaten über die industriellen oder wissenschaftlichen Voraussetzungen, um in kurzer Zeit Atomwaffen herzustellen. Die sich aus der weltweiten zivilen Nutzung von Atomenergie ergebenden ökologischen und sicherheitspolitischen Risiken verleihen der nuklearen Bedrohung im 21. Jahrhundert eine neue Dimension. Eine weitere Gefahr ist, dass tausende Tonnen waffenfähiges Nuklearmaterial an ungesicherten Orten lagern. Damit wächst auch die Bedrohung durch Nuklearterrorismus.

2. Es besteht eine historische Chance für entscheidende Fortschritte in der nuklearen Abrüstung.

Seit der historischen Rede des US-Präsidenten Obama am 5. April 2009 in Prag haben sich die Rahmenbedingungen für nukleare Abrüstung und die Verwirklichung einer atomwaffenfreien Welt grundlegend verbessert. Die größte Nuklearmacht unterstützt diese Vision und ist zur Reduzierung ihres Atomwaffenarsenals bereit. Mit ihrer neuen Nuklearstrategie haben die USA 2010 die strategische Rolle ihrer Nuklearwaffen herabgesetzt. Im selben Jahr vereinbarten die USA und Russland mit einem neuen START-Abkommen, ihr Atomwaffenarsenal zu reduzieren. Allerdings wurde nur eine sehr moderate Verringerung beschlossen. Es sind aber deutlich weitgehendere Abrüstungsschritte sind nötig. Dies umso mehr, da die Nuklearmächte ihre verbleibenden Nuklearwaffen gleichzeitig modernisieren und somit einsatzfähiger machen.

Es gilt daher, die Dynamik in der Diskussion über nukleare Abrüstung in eine Dynamik des Handelns für die Verwirklichung einer atomwaffenfreien Welt zu übertragen. Die letzte Überprüfungs-konferenz des Nichtverbreitungsvertrages (NVV) verlief erfolgreich und endete mit dem Beschluss eines Aktionsplans für weitere nukleare Abrüstung und Rüstungskontrolle. Dieser sieht unter anderem die Durchführung einer Konferenz über eine massenvernichtungswaffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten im Herbst 2012 vor. Diese Impulse müssen aufgenommen und für eine konsequente Erfüllung des im NVV verankerten Abrüstungsgebotes genutzt werden.

3. Die Bundesrepublik Deutschland steht in der Pflicht, ihren Beitrag zur Verwirklichung einer atomwaffenfreien Welt zu leisten und den Abzug der in Deutschland stationierten US-Atomwaffen einzuleiten.

Wer nukleare Abrüstung fordert, muss auch selbst auf den vermeintlichen Schutz durch Nuklearwaffen verzichten. Solange Deutschland an der Stationierung von Nuklearwaffen auf dem eigenen Territorium festhält, mangelt es der deutschen Abrüstungspolitik an Glaubwürdigkeit. Die Bundesregierung hat es bisher versäumt, Chancen zur nuklearen Abrüstung zu nutzen, obwohl sie hierfür eine breite Unterstützung im Parlament hat. Die Nuklearwaffen in Deutschland wurden bei den bisherigen Abrüstungsschritten nicht mit einbezogen. Die NATO hat bei der Ausarbeitung ihres neuen strategischen Konzepts im November 2010 in Lissabon und bei der Überprüfung ihres Abschreckungs- und Verteidigungsdispositivs im Mai 2012 in Chicago dabei versagt, sichtbare Fortschritte in der nuklearen Abrüstung zu erzielen und die strategische Rolle von Nuklearwaffen zu reduzieren. Stattdessen wurde der Aufbau eines Raketenabwehrsystems begonnen, das die Aufrüstung antreibt und dessen Nutzen und Kosten nicht absehbar sind. Die bisherige nukleare Abrüstungspolitik der Bundesregierung ist unentschlossen und weist deshalb kaum Erfolge aus.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den Weg für ein atomwaffenfreies Deutschland sofort frei zu machen, indem sie
 - die Bereitstellung von Bundeswehripiloten und Trägersystemen zum Atomwaffeneinsatz unverzüglich einstellt
 - von einer Modernisierung der Trägersysteme für substrategische Nuklearwaffen absieht
 - sich gegenüber den USA und anderen Bündnispartnern in der NATO mit großem Nachdruck für den sofortigen Abzug der in Deutschland verbliebenen US-Atomwaffen einsetzt;
2. innerhalb der NATO auf
 - die Überwindung einer Politik der nuklearen Abschreckung und eine Zurücknahme der strategischen Bedeutung von Nuklearwaffen
 - den Verzicht auf die nukleare Ersteinsatzoption
 - die Verstärkung von verbindlichen und überprüfbaren Abrüstungsvereinbarungen und Rüstungskontrollen sowohl für nukleare als auch für konventionelle Waffen
 - den vollständigen Abbau der US-Atomwaffen in Europa zu drängen;
3. die Fortsetzung der Verhandlungen zwischen den USA und Russland über nukleare Abrüstung und Rüstungskontrolle zu unterstützen und sich für die Einbeziehung von substrategischen Nuklearwaffen einzusetzen;
4. zur Stärkung des NVV
 - die Umsetzung des auf der NVV-Überprüfungskonferenz 2010 beschlossenen Aktionsplans voranzutreiben
 - die Durchführung einer Konferenz über eine massenvernichtungswaffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten mit aller Kraft zu unterstützen
 - darauf zu drängen, die in Artikel VI des NVV verankerte Verpflichtung der Nuklearwaffenstaaten zur nuklearen Abrüstung durch verbindliche und umfassende Abrüstungsschritte zu erfüllen

- engagiert für die Universalisierung des NVV einzutreten und insbesondere bei den Nichtvertragsstaaten Indien, Israel, Nordkorea und Pakistan darum zu werben, dem NVV beizutreten, ihre Atomwaffenarsenale abzubauen und ihre nuklearen Aktivitäten der internationalen Überwachung zu unterwerfen
 - sich mit Nachdruck für die universelle Anwendung des Zusatzprotokolls der IAEA einzusetzen
 - entschieden für die Einrichtung eines Kernwaffenregisters, die Offenlegung der Plutoniumbestände und eine Berichtspflicht im Rahmen der Überprüfungskonferenzen als vertrauensbildende und die Transparenz fördernde Maßnahmen einzutreten und mit gutem Beispiel voranzugehen durch die Offenlegung aller mit der nuklearen Teilhabe zusammenhängenden Aktivitäten in der Vergangenheit und Gegenwart
 - für eine universelle Multilateralisierung des nuklearen Brennstoffkreislaufes und die Einstellung nationaler Urananreicherung zugunsten einer ausschließlich von der IAEA kontrollierten Anlage zu werben;
5. für die Ratifizierung des Umfassenden Atomwaffenteststoppvertrags (CTBT) zu werben und hierzu mit den betreffenden Annex-2-Staaten (Ägypten, China, Iran, Israel, USA, Indien, Nordkorea, Pakistan) Gespräche auf höchster Ebene zu führen;
 6. im Rahmen der UN-Abrüstungskonferenz (UNCD) auf die baldige Ausarbeitung eines Abkommens zum Verbot der Produktion von Spaltmaterial (FMCT) zu drängen und bei ausbleibendem Erfolg auch ein Abkommen außerhalb der UNCD zu unterstützen;
 7. das Risiko der doppelten Verwendung von zivil und militärisch nutzbaren Gütern einzudämmen, indem sie
 - den Atomausstieg national zügig umsetzt
 - sich weltweit für den Ausstieg aus der zivilen Nutzung der Atomenergie einsetzt
 - die Förderung des Exportes von Atomtechnologie durch die Vergabe von Hermesbürgschaften unverzüglich einstellt
 - andere Länder in ihrem Streben nach Energiesicherheit durch erneuerbare Energiegewinnung unterstützt;
 8. sich für eine Verhandlungslösung der Konflikte um das nordkoreanische und das iranische Atomprogramm einzusetzen;
 9. sich für die Schaffung einer umfassenden atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa mit dem Ziel eines atomwaffenfreien Europas einzusetzen;
 10. sich an der Ausarbeitung einer Nuklearwaffenkonvention zur Ächtung von Atomwaffen aktiv zu beteiligen, bei Partnern und in internationalen Organisationen dafür zu werben, entsprechende Initiativen in der VN Generalversammlung zu unterstützen und sich für vorbereitende Expertengespräche auf internationaler Ebene einzusetzen;
 11. mit allen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren, die sich für eine atomwaffenfreie Welt einsetzen eng zusammenzuarbeiten und zivilgesellschaftliche Initiativen mit diesem Ziel zu unterstützen;
 12. verstärkt für allgemeine und weltweite Abrüstung einzutreten, energisch auf den Abschluss umfassender Abrüstungs-, Rüstungskontroll- und Waffenhandelsvereinbarungen hinzuwirken und selbst durch eine konsequente Abrüstungs- und restriktive Rüstungsexportpolitik voranzugehen.

Berlin, den 12. Juni 2012

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion